

Wolfgang Schäuble zur Asylfrage:

Wir haben ein klares, sachgerechtes Konzept

Ein sachgerechtes Konzept und einen klaren Fahrplan hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in einem Brief an die Mitglieder der Fraktion den Beschluß vom 23. Januar zum weiteren Verfahren in der Asylpolitik genannt.

Schäuble: Unser gegenwärtiges Asylrecht führt zu einer unkontrollierten Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland, die vor allem unsere Kommunen vor kaum noch lösbare Probleme bei der Unterbringung stellt. Die Union war deshalb immer für eine Beschleunigung der Asylverfahren.

Mit dem neuen Asylverfahrensgesetz werden die Beschlüsse umgesetzt, die im Parteigespräch beim Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 verabredet worden sind. Verfahrensbeschleunigungen können aber das Problem allein nicht beseitigen. Es bedarf einer Ergänzung des Grundgesetzes, die auch unverzichtbar ist, um eine europäische Lösung zu erreichen.

(Wortlaut des Schäuble-Briefes: Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Abrüstung

Helmut Kohl zur Abrüstungsinitiative des amerikanischen Präsidenten: Wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung. Seite 7

● Sozialdemokraten

Zerstrittenheit der SPD gefährdet die Handlungsfähigkeit des Staates. Seite 11

● Nachtarbeit

Kein Freibrief für die Ausweitung der Nachtarbeit für Mann und Frau. Seite 20

● CDU Schleswig-Holstein

Ottfried Hennig stellt das Führungsteam für die Landtagswahl am 5. April vor: Die besseren Frauen und Männer. Seite 23

Nächster Parteitag in Düsseldorf

Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands wird vom 25. bis 28. Oktober in Düsseldorf stattfinden. Gleichzeitig hat der Bundesvorstand beschlossen, den 4. Parteitag 1993 in Berlin und den 5. Parteitag 1994 in Hamburg durchzuführen. — Am 15. Juni dieses Jahres ist „Kleiner Parteitag“ (Bundesausschuß) in Bonn.

Generalsekretär Volker Rühle:

Stiftung für Opfer des Sozialismus

Generalsekretär Volker Rühle hat angeregt, in der früheren Stasi-Zentrale in der Berliner Normanstraße eine Gedenkstätte einzurichten. In einem Gespräch mit dem Kölner „Express“ sagte Rühle, daß er es für taktlos gegenüber den Opfern des Staatssicherheitsdienstes halten würde, die Stasi-Zentrale in eine normale Behörde, vielleicht gar in ein Finanzamt, umzuwandeln.

„Wir würden den Opfern und dem Leid, das sie erdulden mußten, eher gerecht, wenn zumindest das Hauptgebäude der Stasi zu einer Gedenkstätte würde. Mehr als 40 Jahre Unterdrückung dürfen nicht vergessen werden. Anhand von Dokumenten — zum Beispiel Akten der Stasi oder Briefen von

Opfern — könnte gezeigt werden, mit welchen Methoden die Stasi gearbeitet hat.“

Finanziert werden sollte die Gedenkstätte aus Mitteln der SED und der ehemaligen Blockparteien. Diese Mittel müßten in eine Stiftung für die Opfer des Sozialismus eingebracht werden. Das würde voraussetzen, daß PDS und FDP, so wie die CDU es getan hat, auf ihre sämtlichen Rechte am Vermögen der SED beziehungsweise der LDPD und NDPD verzichten.

Mit diesem Geld könnten heute die Opfer besonders gefördert werden, zum Beispiel durch Fernstudiengänge oder Stipendien. Und diese Stiftung könnte dann auch Träger der Gedenkstätte sein.

Kommissionen zur Agrar- und Vermögensbildungspolitik

In Durchführung eines Beschlusses auf dem Dresdner Parteitag im Dezember 1991 hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 3. Februar eine Kommission zur Agrarpolitik eingesetzt.

Diese Kommission soll nach den Worten von Generalsekretär Volker Rühle bis zum nächsten Bundesparteitag die Grundlagen einer Agrarpolitik im international gewandelten Umfeld, aber auch aufgrund der neuen Situation im wiedervereinigten Deutschland herausarbeiten. Für den Vorsitz ist der Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein, Reimer Böge, vorgesehen.

Mit weiteren Maßnahmen zur Vermögensbildungspolitik soll sich nach dem Willen des Bundesvorstands eine Arbeitsgruppe befassen, die in einer umfassenden Kommission aufgehen wird, in der schließlich alle Gliederungen der Partei vertreten sein werden.

Der Bundesvorstand will auch eine Finanzkonzeption für die öffentlichen Ausgaben in Deutschland entwickeln, die bis zum Ende des Jahrzehnts gelten soll.

In die Gespräche darüber soll — so Generalsekretär Volker Rühle — auch die Opposition einbezogen werden.

Es gehe darum, die Prioritäten bei den Ausgaben neu zu bestimmen und Mittel in erforderlichem Umfang in die neuen Länder zu lenken.

Wolfgang Schäuble zur Asylpolitik: Der Fahrplan steht fest

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat folgendes Schreiben an die Mitglieder der Fraktion gerichtet:

Am 23. Januar 1992 haben wir in unserer Fraktionssitzung einen Beschluß zum weiteren Verfahren in der Asylpolitik gefaßt. Damit haben wir Klarheit geschaffen, welchen Weg wir einschlagen wollen, um den Asylbewerberzustrom in die Bundesrepublik Deutschland steuern und eindämmen zu können. Wir haben ein sachgerechtes Konzept und einen klaren Fahrplan:

1 Unser gegenwärtiges Asylrecht führt zu einer unkontrollierten Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Allein 1991 sind über 250 000 Asylbewerber in die Bundesrepublik gekommen. Unser Anteil an den Asylbewerbern in der EG pendelt seit Jahren zwischen 50 und 60 Prozent aller EG-Staaten. Nur knapp sieben Prozent wurden 1991 als Verfolgte anerkannt. Der große Asylbewerberzustrom und sein rasches Steigen bedrängt die Menschen in unserem Land. Vor allem unsere Kommunen stehen vor kaum noch lösbaren Problemen bei der Unterbringung.

2 Die CDU/CSU-Fraktion bejaht das Asylrecht als Recht für politisch Verfolgte. Das Asylrecht ist aber nicht gedacht für Menschen, die aus wirtschaftlicher Not oder weil sie hier bessere Chancen sehen, in West-Europa leben wollen. Es ist kein Mittel zur Bekämpfung von Not und Elend in der Welt. Wir

müssen deshalb bei den Ursachen selbst ansetzen, wenn wir die Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen eindämmen wollen. Viele der Menschen, die zu uns kommen, gehören in ihrer Heimat zu den aktiven und besser qualifizierten, gerade sie werden dort gebraucht. Die Mittel, die wir für Asylbewerber bei uns aufwenden — jährlich rd. fünf Milliarden — wären in den Herkunftsländern besser eingesetzt.

3 Unsere einzigartige Verfassungslage hindert uns daran, das Problem des unkontrollierbaren Zustroms zu lösen: Wer in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl beantragt, der hat nach geltendem Verfassungsrecht einen Anspruch darauf, daß sein Fall — auch wenn er offensichtlich unbegründet ist — durch Verwaltung und Gerichte im einzelnen überprüft wird, und er erhält für die Dauer dieser sich oft Monate und Jahre hinschleppenden Verfahren ein mit Sozialhilfansprüchen verbundenes Aufenthaltserlaubnisrecht eingeräumt.

4 Die Union war deshalb immer für eine Beschleunigung der Asylverfahren. Das Asylverfahrensgesetz ist in 15 Jahren nicht weniger als siebenmal geändert worden. Mit dem neuen Asylverfahrensgesetz, das auf Vorlage von Bundesinnenminister Rudolf Seiters von den Fraktionen erarbeitet wurde, werden die Beschlüsse zur Verfahrensbeschleunigung umgesetzt, die im Parteiengespräch beim Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 ver-

Die neuesten Asylbewerberzahlen: Seite 19

abredet worden sind. Durch die Beschleunigung der Verfahren, die Konzentration von Zuständigkeiten auf den Bund und die Einrichtung von Sammelunterkünften durch die Länder wird das Asylverfahren wirksamer und schneller werden. Das Gesetz soll möglichst bald im Deutschen Bundestag eingebracht, beraten und verabschiedet werden.

5 Die Union hat stets gesagt, daß solche einfachgesetzlichen und administrativen Maßnahmen nicht ausreichen werden, solange die beschriebene Verfassungslage andauert. Verfahrensbeschleunigungen können das Problem allein nicht beseitigen. Es bedarf einer Ergänzung des Grundgesetzes, damit

● Asylbewerber aus Ländern, in denen zweifelsfrei keine Verfolgung stattfindet, ohne vorläufiges Bleiberecht zurückgewiesen oder ausgewiesen werden können;

● Asylbewerber, die in einem Drittland Zuflucht gefunden haben, in dem sie vor Verfolgung sicher sind, ebenfalls zurückgewiesen oder ausgewiesen werden können;

● Asylbewerber, deren Anträge in einem anderen Land rechtsverbindlich abgelehnt worden sind, unmittelbar ausgewiesen werden können;

● in einem Europa der offenen Grenzen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedsstaaten harmonisiert und in das deutsche Recht übernommen werden können.

Wir haben in der Fraktion beschlossen, einen Antrag auf eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes einzubringen, der diese Ziele umsetzt. Wir werden für die Änderung des Grundgesetzes die Mitwirkung der Sozialdemokraten brauchen, da es einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

6 Unser Antrag steht auch in Übereinstimmung mit der Koalitionsvereinbarung. Denn dort haben wir festgelegt, daß

bis Ende 1992 eine europäische Regelung des Asylrechts in formeller und materieller Hinsicht unter Berücksichtigung der Genfer Flüchtlingskonvention angestrebt wird, an der die Bundesrepublik Deutschland mit gleichen Rechten und Pflichten teilnimmt.

7 Als asylrechtliche europäische Regelungen liegen inzwischen das Zusatzabkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen und das Dubliner Abkommen vor. Sie sehen vor, daß Asylbewerber ihre Anerkennungsverfahren in nur einem der Vertragsstaaten durchführen. Dies sind im Falle von Schengen die Bundesrepublik Deutsch-

Nur noch ein Verfahren

land, die Benelux-Staaten, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, im Falle von Dublin alle EG-Staaten. Zuständig für die Durchführung der Verfahren ist im Prinzip derjenige Staat, dessen Gebiet der Asylbewerber zuerst erreicht hat. Die Entscheidung der Behörde eines Vertragsstaates wird für alle anderen Vertragsstaaten rechtsverbindlich sein. Praktisch gesagt: Wer in einem Staat abgelehnt worden ist, wird nicht nochmals in einem anderen Mitgliedsstaat ein neues Verfahren erhalten. Ein in Frankreich abgelehnter Asylbewerber z.B. könnte an der Grenze zurückgewiesen oder — wenn er bereits ins Bundesgebiet gelangt ist — ausgewiesen werden.

8 Nach der gegenwärtigen Verfassungslage kann die Bundesrepublik Deutschland nur „hinkend“ an beiden Abkommen teilnehmen: Sie müßte ihre Verpflichtungen aus den Abkommen erfüllen, also Asylbewerber aus anderen Staaten aufnehmen, dürfte aber keine abgeben. In der Praxis hieße das: Auch ein Asylbewerber, für den eigentlich ein

anderer Partnerstaat zuständig ist, hat Anspruch auf ein weiteres Verfahren hier bei uns. Und wer woanders abgelehnt worden ist, hat trotzdem Anspruch auf Prüfung seines Asylanspruchs in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland würde damit zum Reserve-Asylland Europas werden.

Das aber verstößt gegen die Koalitionsvereinbarung, wonach wir mit gleichen Rechten und Pflichten an einer europäischen Regelung teilnehmen wollen. Des-

EG-weite Harmonisierung

halb habe ich auch erklärt, daß wir einer Ratifizierung dieser Abkommen ohne Grundgesetzänderung nicht zustimmen werden.

Auch die EG-Kommission hat bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß sich künftig kein Mitgliedstaat mehr auf einen Vorbehalt nationalen Rechts berufen darf. Wir müssen uns daher der Harmonisierung des Asylrechts in der EG gleichberechtigt anschließen und sehen hierin einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Integration.

9 Die Abkommen von Schengen und Dublin müssen durch entsprechende Vereinbarungen mit unseren übrigen Nachbarstaaten ergänzt werden. Mit der Schweiz, Österreich und Polen bestehende Vereinbarungen müssen erweitert werden, mit der CSFR muß ein entsprechendes Abkommen noch abgeschlossen werden. Wenn alle diese Vereinbarungen getroffen sind, dann wird die Bundesrepublik Deutschland von Nachbarstaaten umgeben sein, in denen Asylsuchende nach den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention Aufnahme finden können und in die wir Asylsuchende zurückschicken können, wenn sie über diese Länder zu uns gekommen sind.

Wir werden auch zu Verteilungsquoten im Rahmen einer engen europäischen Zusammenarbeit kommen müssen. Mit dieser Zusammenarbeit haben wir auch einen Ansatz, um gemeinsam mehr für die Bekämpfung der Fluchtursachen tun zu können.

10 Um diese europäische Lösung erreichen zu können, ist eine Ergänzung des Grundgesetzes unverzichtbar. Dies wissen alle Beteiligten. Dies wissen vor allem die Sozialdemokraten, denen bislang offenbar der Mut fehlt, das für notwendig Befundene auch zu tun.

Je schneller wir den Streit beenden, desto besser ist es im Interesse der Sache. Denn wer jetzt noch zögert, trägt auch die Verantwortung dafür, daß das Problem weiter wächst und die Auseinandersetzungen weitergehen, die immer weniger Bürger verstehen. Und vor allem: Wer zögert, wer das Problem verdrängt oder sich verweigert, nimmt eine schleichende Aushöhlung des Asylrechts in Kauf und schürt radikale Strömungen. Er gefährdet die Akzeptanz für die wirklich politisch Verfolgten. Er gefährdet letztlich das gespannte Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern und damit den Charakter Deutschlands als ausländerfreundliches Land.

11 Natürlich wird auch nach einer Grundgesetzänderung der Zuwanderungsdruck auf die Staaten Westeuropas weiter fortbestehen. Aber die Grundgesetzänderung und die europäische Lösung machen uns gemeinsam mit unseren Partnern wieder handlungsfähig. Wir werden dann fähig sein, den Asylbewerberzustrom besser zu steuern, besser einzudämmen und Kraft freizusetzen für die gemeinsame Bekämpfung der Fluchtursachen.

Es muß daher jetzt rasch Klarheit geschaffen werden. ■

Pöttering fordert „Neues Denken“ für europäische Diplomatie

„Neues Denken“ für die europäische Diplomatie hat der CDU-Europaaabgeordnete Hans-Gert Pöttering, wiedergewählter Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments, gefordert. Dieses sei in folgenden Bereichen wünschenswert:

■ Die zwölf EG-Staaten sollten in den 15 Republiken der Ex-Sowjetunion gemeinsame Botschaften errichten. Wenn sich hieran nicht alle EG-Staaten beteiligen wollen, sollen diejenigen vorangehen, die dazu bereit sind. Wenn alle zwölf EG-Staaten in allen 15 Republiken Botschaften errichten, so bedeutet dies 180 Botschaften. Bei Zugrundelegung jährlicher Kosten für eine mittlere Botschaft in Höhe von einer Million ECU (zwei Millionen Mark), was schon die unterste Grenze darstellt, ist ein Beitrag von 180 Millionen ECU (360 Millionen Mark) aufzubringen. Aus Kostenersparnis, aber insbesondere um dem Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik näher zu kommen, müssen jetzt die Chancen für „Neues Denken“ in der europäischen Diplomatie in der Perspektive der Europäischen Union genutzt werden.

■ Die Europäische Gemeinschaft sollte die zukünftigen Assoziierungspartner Polen, ÖSFR und Ungarn bei allen sie und Gesamteuropa betreffenden Fragen in die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) einbeziehen. Ein „Konsultations- und Kooperationsrat“ mit diesen Staaten, der schrittweise erweitert werden könnte, sollte sinnvollerweise auch auf der Ebene der Westeuropäischen Union (WEU) gebildet werden. So könnten die Staaten Mitteleuropas politisch an EG

und WEU herangeführt werden, ohne sofort Mitglied zu werden.

■ Mit allen Republiken der Ex-Sowjetunion, die dieses wünschen, sollte die EG Handels- und Kooperationsverträge abschließen. Mit den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen empfehlen sich Assoziierungsverträge. Auch mit Slowenien und Kroatien sollte die EG Assoziierungsverträge anstreben.

■ Die EG und die USA sollten einen „Vertrag über Partnerschaft“ vorbereiten, der unmittelbar nach Entstehung der Europäischen Union am 1. Januar 1993 als Ergebnis der Ratifizierung der Maas-

Europäische Union

tricht-Beschlüsse unterzeichnet werden könnte. Es ist anachronistisch, daß die EG mit nahezu allen Staaten der Welt vertragliche Beziehungen hat, nicht jedoch mit dem bedeutenden Partner USA. In dem Vertrag sollten die politischen und wirtschaftlichen Grundbeziehungen zwischen EG und USA geregelt sowie ein institutioneller Mechanismus für Konsultationen und Kooperation geschaffen werden.

■ Die am 1. Januar 1993 entstehende Europäische Union sollte sich um einen Sitz in der UNO und im Weltsicherheitsrat bewerben. Ein solcher Schritt ist in der Perspektive der Europäischen Union überzeugender als zum Beispiel die Bewerbung Deutschlands um einen Sitz im Weltsicherheitsrat. Großbritannien und Frankreich sollten sich verpflichten, ihre Stimme immer mit der Europäischen Union abzugeben. ■

Beginn eines neuen Zeitalters in der Sicherheitspolitik

Zu der neuen Abrüstungsinitiative des amerikanischen Präsidenten Bush erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Als einen erneuten Beitrag zur Stärkung der Sicherheit und Vertrauensbildung begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Ankündigung von Präsident Bush, bei den strategischen Nuklearwaffen weiter abzurüsten, nachdem der amerikanische Präsident bereits mit seiner Initiative vom September letzten Jahres eine 80prozentige Reduzierung bei den Kurzstreckensystemen in die Wege geleitet hatte.

Mit beiden Initiativen wird der nach Überwindung des Ost-West-Konflikts

deutlich verbesserten politischen und sicherheitspolitischen Lage konsequent Rechnung getragen.

Die von Präsident Bush wie auch die vom russischen Präsidenten Jelzin jetzt angekündigten Abrüstungsmaßnahmen bedeuten den Beginn eines neuen Zeitalters in der Sicherheitspolitik.

Ost und West sind dabei, das System der nuklearen Abschreckung zu überwinden und einen Zustand der nuklearen Abrüstung zu schaffen. In ihm werden die Nuklearwaffen auf ein Mindestmaß reduziert sein, durch ein vertragliches System wechselseitig überwacht werden und einzig den politischen Zweck haben: den Frieden zu wahren und Krieg oder jede Art von Zwang zu verhindern. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Ankündigung von Präsident Bush, drastische einseitige Reduzierungen bei den amerikanischen strategischen Nuklearwaffen vorzunehmen, als sichtbares Zeichen dafür gewürdigt, daß wir in der Sicherheitspolitik weltweit eine neue Qualität erreicht haben.

Mit seiner jüngsten Entscheidung trägt der amerikanische Präsident den tiefgreifenden Veränderungen in Europa und in der Welt Rechnung und erweist sich erneut als Schrittma-

cher der internationalen Abrüstung. Der Bundeskanzler hofft zuversichtlich, daß auch das über die einseitigen amerikanischen Schritte hinaus vorgeschlagene Abrüstungsangebot an Rußland und die übrigen Staaten der GUS von Präsident Jelzin und den Führern der anderen Republiken aufgegriffen werden wird.

Die Initiative von Präsident Bush ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung, gerade auch in Anbetracht der Sorgen um das Schicksal des Nuklearpotentials der ehemaligen Sowjetunion.

Neue Bundesländer

Zehntausend neue Arbeitsplätze durch Umweltschutzinvestitionen

Die Umweltschutzmaßnahmen der Bundesregierung in den neuen Ländern haben nicht nur zu einer Verbesserung der Umweltsituation geführt, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der nach wie vor angespannten Arbeitsmarktlage geleistet.

So sind von den 400.000 ABM-Kräften in den neuen Ländern ca. 120.000 in den verschiedensten Bereichen des Umweltschutzes tätig; davon wiederum arbeiten allein 70.000 in Treuhand-Unternehmen. Zusätzlich wurden durch vom Bund unterstützte Umweltschutzinvestitionen mehrere zehntausend neue Arbeitsplätze geschaffen. Darauf wies Bundesumweltminister Klaus Töpfer hin.

Die ABM-Kräfte werden schwerpunktmäßig für Sanierungsarbeiten in den ökologischen Krisengebieten des Chemiedreiecks Halle/Bitterfeld/Leipzig, bei der Rekultivierung der ehemaligen Braunkohletagebaue im Lausitzer Becken sowie in der Leipziger Bucht eingesetzt. Die Arbeiten reichen von der Beseitigung wilder Kippen über die Gefahrenabwehr bei belasteten Böden bis hin zu Räumungs- und Abrißarbeiten, um industrielle und gewerbliche Flächen wieder nutzbar zu machen.

Die AB-Maßnahmen im Umweltschutz seien daher keine Alibi-Beschäftigung für die dort lebenden Menschen, sondern wirksame Zukunftsinvestitionen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Belastungsgebieten der neuen Länder. Sie schafften gleichzeitig die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Betriebe

und damit neuer Arbeitsplätze, betonte Töpfer. Er sprach sich deshalb dafür aus, die laufenden AB-Maßnahmen über das Jahr 1992 hinaus gezielt zu verlängern, um die Chance zur Umwandlung in Dauerarbeitsplätze zu vergrößern.

Klaus Töpfer: Angesichts der großen Anzahl der Altlasten und der vielen heruntergekommenen Produktionsstätten wird es nicht einmal annähernd möglich sein, die notwendigen Sanierungen bis 1993 durchzuführen. Um die in 40 Jahren SED-Herrschaft entstandenen Umweltaltlasten zu beseitigen, müssen weiterhin die finanziellen, technischen und persönlichen Anstrengungen in den kommenden Jahren verstärkt werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Umweltsanierung mit Blick auf den notwendigen Planungs- und Genehmigungsvorlauf nicht kurzfristig bewältigt werden kann.

Arbeitsplatzsicherung durch Umweltsanierung ist auch ein zentrales Element der Förderprogramme der Bundesregierung im Umweltschutz. In diesem Zusammenhang wies der Bundesumweltminister darauf hin, daß durch die Förderprogramme der Bundesregierung bis zum heutigen Tag insgesamt ca. 1,5 Milliarden Mark für rund 1.800 Umweltschutzprojekte bereitgestellt worden sind. Gefördert wurde dabei die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung, die Verbesserung der Kanalisation und der Bau von Kläranlagen, die Deponiesicherung sowie Maßnahmen zur Umstellung der Energieversorgung auf umweltfreundliche Energieträger.

Jahreswirtschaftsbericht:

Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs

Auch im zehnten Jahr der Regierung Kohl bleibt die Wirtschaft auf stetigem Wachstumskurs. Der längste wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegsjahre verläuft nach den von der Wiedervereinigung geprägten Jahren 1990 und 1991 zwar in ruhigeren Bahnen, bleibt jedoch nach wie vor stabil und eine Stütze der Weltkonjunktur. Die Bundesregierung rechnet für 1992 mit einem Wirtschaftswachstum von gut 2 Prozent im gesamten Bundesgebiet.

In den neuen Bundesländern wird der wirtschaftliche Aufschwung an Kraft gewinnen. Mit einer Wachstumsrate von 10 Prozent kann ein weiterer Schritt in Richtung auf einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gemacht werden. Getragen wird dieser Wirtschaftsaufschwung sowohl von der Privatwirtschaft, die in diesem Jahr wenigstens 17 Mrd. DM in den neuen Bundesländern investieren will, und von den staatlichen Investitionen, die abermals kräftig steigen werden.

Auch in den westlichen Bundesländern bleibt die Wirtschaftsentwicklung positiv. Nach 3,2 Prozent im Jahr 1991 werden für 1992 1,5 Prozent erwartet. Die Bundesregierung rechnet aber damit, daß im zweiten Halbjahr 1992 eine Wiederbelebung der westdeutschen Konjunktur einsetzt. Voraussetzung für eine deutlichere Aufwärtsentwicklung ist jedoch die Erholung der Weltwirtschaft, die zur Wiederbelebung der deutschen Exporttätigkeit unerlässlich ist. Auch die Tarifabschlüsse werden Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung haben. Daher ist es erforderlich, daß sich die Tarifpartner in der

kommenden Lohnrunde auf moderate Abschlüsse verständigen.

Der Jahreswirtschaftsbericht macht auch deutlich, daß der Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen — insbesondere Aufbau der neuen Bundesländer, wirtschaftliche Umgestaltung Osteuropas, lokale und weltweite ökologische Problemfelder — in einer gesunden und stabilen Wirtschaft liegt.

Standort Deutschland

Deshalb ist die Sicherung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere die Sicherung der Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland, von herausragender Bedeutung. Die Bundesregierung hält daher auch an ihrem Ziel fest — nicht zuletzt im Blick auf die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zum 1. 1. 1993 —, den deutschen Unternehmen bis Ende dieses Jahres verlässliche Orientierungshilfen für ihre wirtschaftlichen Entscheidungen und Aktivitäten zu geben. Dazu gehört an erster Stelle die Reform der Unternehmensbesteuerung, die die Attraktivität des Standortes Deutschlands erhöhen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze verbessern wird.

Fazit: Auch in Zukunft wird die Bundesregierung ihre in den 80er Jahren erfolgreiche Konsolidierungspolitik konsequent fortsetzen. Nur mit einer wachstums- und beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Geldwertstabilität bedacht ist, werden sich die gegenwärtigen Herausforderungen erfolgreich bewältigen lassen. ■

Engholm auf dem Rückzug

Zu den Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Engholm, er stehe nach der Bundestagswahl 1994 nur dann als Oppositionsführer zur Verfügung, „wenn man unter den Führern ein dickes Prozentpaket hat“, erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Björn Engholm macht es offenbar besonderes Vergnügen, die Öffentlichkeit und seine Partei irrezuführen. Zunächst hat er mit spitzen Fingern und spürbarem Widerwillen die Kanzlerkandidatur der SPD angenommen. Dann hat er postwendend erklärt, vielleicht gäbe es doch noch bessere Kan-

didaten. Zunächst war er bereit, nach der Wahl Oppositionsführer in Bonn zu werden. Jetzt will er das so nie gesagt haben und tritt den Rückzug aus einer unangenehmen Verpflichtung an.

Die Öffentlichkeit darf auf die Fortsetzung gespannt sein. Es könnte ja sein, daß Engholm nicht mehr lange Kandidat sein will oder auch nicht mehr lange Parteivorsitzender sein darf. Vielleicht ist ihm auch das Ganze zu mühsam und er zieht sich schmolle in den Vorruhestand zurück.

Kandidat auf Abruf, Ministerpräsident auf Zeit und Parteivorsitzender mit ungewisser Zukunft ist wahrlich auf Dauer kein angenehmer Wartestand.

Von jetzt an regelmäßig

Um die Arbeit der Umweltbeauftragten der CDU nach Kräften zu unterstützen, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Januar die erste Ausgabe des UMWELT-REPORTS herausgegeben. Der UMWELT-REPORT wird mehrmals im Jahr erscheinen und enthält Informationen, Argumentationen und Hintergründe zum Thema Umwelt, Vorschläge und Tips sowie das Neueste aus der Arbeit von Umweltexperten und Regierungen.

Generalsekretär Volker Rühle hat in seinem Editorial die Hoffnung ausgedrückt, daß der UMWELT-REPORT viele wertvolle Anregungen geben werde, und damit den Wunsch verbunden, daß die CDU bei ihren umweltpolitischen Aktivitäten auch in Zukunft soviel Erfolg haben werde wie bisher.

Ausgabe 1 1992

UMWELT-REPORT Informationen für die Umweltbeauftragten der CDU

Vom jetzt an regelmäßig: Informationen, Argumentationen und Hintergründe zum Thema Umwelt, Vorschläge und Tips für den aktiven Umweltbeauftragten. Das Neueste aus der Arbeit der Regierungen.

Ökologische Sanierung in den neuen Ländern

Stufe eins: Viele neuen Kläranlagen

In den neuen Bundesländern hat eine breit angelegte ökologische Sanierung begonnen. Topfer machte darüber hin- und wieder in den kommenden Monaten Vorschläge für den Umweltschutz in den neuen Bundesländern. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Auf die Frage, warum das in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS abgedruckt wurde, hat Bundesumweltminister Klaus Töpfer deutlich gemacht, daß es gerade dieses System zum Anlaß genommen hat, sich Gedanken über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Luft- und Wasserqualität zu machen. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Am 1. Dezember 1991 kann man sich über die Chancen neuer Arbeitsplätze zu schaffen, eine grundlegende Aufgabe für die Beschäftigten und die Umwelt. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Lebte Parteiführer,

Die CDU ist so der Umweltschutz Deutschlands geworben. Als erste Partei haben wir uns der Aufgabe verpflichtet, die Umwelt zu schützen. Das ist ein wichtiges Signal für ein wichtiges Signal für die Öffentlichkeit. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.



Klaus Töpfer
Bundesminister für Umwelt

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

Die Umweltschritte der CDU werden zu machen und unterstützen. Sie werden in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht werden. Die CDU hat hierzu eine umfassende Studie erstellt, die in der nächsten Ausgabe des UMWELT-REPORTS veröffentlicht wird.

UWEL

Zerstrittenheit der SPD gefährdet die Handlungsfähigkeit des Staates

Zur Situation der SPD erklärte das Mitglied des Bundesvorstandes und Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein, Ottfried Hennig:

Der Verlauf der letzten Sitzung des SPD-Parteirates hat in erschreckender Weise deutlich werden lassen, daß die innere Schwäche der Sozialdemokraten zur Gefahr für die politische Handlungsfähigkeit des Staates zu werden droht.

Es ist Sache der SPD, wenn sie sich in der Öffentlichkeit als völlig zerstrittene und führungslose Partei darstellt; es ist aber durchaus nicht ihre Sache, wenn sie ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht nachkommt, die sie bei Entscheidungen des Bundesrates zu tragen hat. Mit ihrer Blockadepolitik gefährdet sie die vom Bundestag verabschiedeten familienpolitischen Verbesserungen und die vor uns liegenden Aufgaben, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Der Verlauf der Diskussion hat gezeigt: Gegen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt kann die SPD kein einziges überzeugendes Sachargument vorbringen. Im Gegenteil: Führende Sozialdemokraten, die konkrete Regierungsverantwortung zu tragen haben, sind offensichtlich nicht mehr bereit, den Kurs der totalen Verweigerung mitzutragen.

Die rüden Reaktionen und Drohungen gegen sie haben offengelegt, daß die Politik der Parteiführung zu reinem machttaktischen Kalkül verkommen ist. Die Warnungen vor angeblichen konjunkturpolitisch negativen Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung erweisen sich als noble Fassade, hinter der parteistrate-

gische Absichten nur notdürftig versteckt werden.

Es wäre Sache des Parteivorsitzenden Engholm, jetzt Führungsautorität unter Beweis zu stellen und seine Partei auf einen Kurs der Vernunft zu bringen.

★ ★ ★

SPD muß endlich Klarheit schaffen

Zum 1. Januar 1992 wurden in Luxemburg die Mehrwertsteuersätze von zwölf Prozent auf 15 Prozent angehoben. Auch Spanien hat eine Erhöhung auf 15 Prozent eingeleitet. Allein Deutschland hinkt den EG-Beschlüssen zur Mehrwertsteuerharmonisierung auf mindestens 15 Prozent zum 1. Januar 1993 hinterher.

Gunnar Uldall, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß: Blockiert die SPD weiterhin das Steueränderungsgesetz im Bundesrat, beschwört sie für Deutschland die Gefahr einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof herauf.

Da nicht davon auszugehen ist, daß die SPD in ihrem Selbstverständnis als staatstragende Partei Deutschland leichtfertig dem Makel einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof aussetzen will, muß sie irgendwann im Laufe des Jahres 1992 ihre Blockadepolitik im Bundesrat aufgeben. Für den weiteren Gang des Verfahrens ist also nicht fraglich, ob die SPD im Bundesrat das Steueränderungsgesetz 92 passieren lassen wird, sondern nur wann. ▶

Peinlicher Poker um eine gemeinsame Jugendwelle muß beendet werden

Die Intendanten des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) und SFB liefern sich ein totes Rennen, erklärte Gabriele Wiechatzek, stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medien der CDU.

Sie bezieht sich damit auf die Auseinandersetzungen um eine gemeinsame Jugendwelle des Brandenburgischer und Berliner Senders. Schon mehrmals haben die Intendanten Günther von Lojewski und Hansjürgen Rosenbauer die Kooperation angekündigt, als fester Termin wurde der 27. Januar genannt, und beide Rundfunkräte hatten zugestimmt. Nun ist das Projekt erst einmal auf Februar verschoben. Beide Sender kochen weiter ihr eigenes Programmüppchen.

Die Staatskanzleien sind weiter als die Programmierer: Denn der von beiden Ländern paraphierte Staatsvertrag sieht neben Zusammenarbeit im Fernsehbereich zwei gemeinsame Hörfunkprogramme vor, aber noch nicht einmal eine gemeinsame Jugendwelle kommt bisher auf die Beine. Und wieder einmal ist es der Gebührenzahler, der für diese medienpolitische Kleinstaaterei geradestehen muß.

Weder der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) noch der Sender Freies Berlin (SFB) können sich aus den eigenen Gebühren finanzieren. Sie brauchen große Summen aus dem ARD-Finanzausgleich, und so droht dort das Geld schon wieder knapp zu werden, obwohl die Gebühren gerade zu Jahresbeginn kräftig erhöht wurden.

Jetzt sind Taten gefragt

Es reicht aber daher nicht aus, wenn jetzt beide Intendanten — jeweils für sich — eine Zusammenarbeit mit der Dreiländeranstalt Mitteldeutscher Rundfunk (mdr) anstreben.

Die Zeit des Taktierens ist vorbei. Es müssen Taten folgen.

Gabriele Wiechatzek: Deshalb fordere ich die Intendanten von ORB, SFB und mdr auf, endlich über eine großflächige Kooperation, insbesondere auch im Fernsehbereich, zu verhandeln. Eine solche Lösung hätte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch programmatische Vorteile. Sie würde mindestens den Gebührenzahler entlasten und die beiden kleinen Anstalten aus der Rolle des Bittstellers bei der ARD befreien.

Je später die SPD ihre Blockadehaltung aufgibt, umso länger hält die Unsicherheit für Bürger, Finanzverwaltung, Gewerbebetriebe und Steuerberater an. Millionen von Familien wissen nicht, ob Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöht werden. Bauherren schieben ihre Bauvorhaben hinaus, solange das Gesetz nicht

verabschiedet ist. Und nicht zuletzt: die Steuersubventionen, die mit dem Gesetz gestrichen werden sollen, gelten zunächst weiter.

Um den Bürgern Klarheit zu verschaffen, muß die SPD ihre Blockade-Politik im Bundesrat so schnell wie möglich aufgeben. ■

„Dracula-Block“ durchbricht rechtswidrig 20-Uhr-Werbegrenze

Zu den Planungen der ARD, demnächst nach Mitternacht einen Werbeblock in Spielfilme einzublenden, erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joseph-Theodor Blank:

Die von der ARD geplante Fernsehwerbung im Zwei-Minuten-Block nach Mitternacht hat nichts mit einer kreativen Nutzung noch nicht ausgelasteter Werbezeit zu tun, wie der ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Nowotny behauptet. Dieser „Dracula-Block“ ist rechtswidrig! Gerade haben noch die Länder im neuen Rundfunkstaatsvertrag die 20-Uhr-Werbegrenze im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausdrücklich bestätigt. Nach den bloßen Buchstaben dieser Regelung mag zwar eine Werbung nach Mitternacht denkbar sein, aber sie verstößt gegen Sinn und Zweck der staatsvertraglichen Bestimmung, die durch eine Begrenzung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen vorrangige Finanzierungsquelle ja die Rundfunkgebühren sind, dem privaten Rundfunk eine faire

Wettbewerbschance geben will.

Im übrigen gehen selbst öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten bei ihrer Programmplanung von einem Sendetag von 6.00 bis 6.00 Uhr aus.

Grundversorgung sichern

Anstatt auf obskure Weise an der Durchbrechung der 20-Uhr-Werbegrenze zu basteln, sollte die ARD sich lieber überlegen, wie sie ein dem Grundversorgungsauftrag entsprechendes vielfältiges Programm anbieten könnte. Die Reduzierung der Regionalberichterstattung zugunsten einer Ausweitung von Unterhaltungsfilmen im ARD-Vorabendprogramm gibt hier zu denken.

Folgt dem Wettbewerb öffentlich-rechtlicher und privater Anstalten als Werbeträger auch ein Wettbewerb als Programmanbieter, so ist zu befürchten, daß der Grundversorgungsauftrag noch mehr als schon bisher vernachlässigt wird — und alleine dieser Grundversorgungsauftrag rechtfertigt das Gebührenprivileg! ■

Umweltrat nimmt seine Arbeit auf

Der von Bundesumweltminister Klaus Töpfer berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in Wiesbaden seine Arbeit aufgenommen. Der neue Umweltirat ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium der Bundesregierung, das für vier Jahre berufen ist. Er soll die Bundesregierung in der Umweltpolitik unterstützen und wissenschaftlich beraten. Dazu wird der Rat alle zwei Jahre ein Umweltgutachten mit seinen Einschätzungen zum Stand der Umweltpolitik vorlegen. Dem neuen Umweltrat gehören sieben namhafte Wissenschaftler an, die breite Erfahrungen aus den verschiedensten Wissensbereichen einbringen.

Mitgehangen, mitgefangen

Der Sachverhalt ist inzwischen bekannt: Unterlagen des KoKo-Untersuchungsausschusses weisen auf einen schrecklichen Verdacht hin, nämlich eine Zusammenarbeit der ÖTV mit dem DDR-Regime bei der Organisation des Fernfahrerstreiks im Oktober 1983. Mielke soll eingeschaltet gewesen sein. Es ging um die lebensnotwendigen Verbindungen zwischen Westberlin und den anderen Bundesländern.

In einem Brief vom 28. 9. 1983 des DDR-Außenministers Oskar Fischer an Erich Honecker heißt es u.a.:

„Der Hauptvorstand der BRD-Gewerkschaft ÖTV hat über unsere Vertretung in Bonn vertraulich mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit dem Scheitern der Tarifverhandlungen für Fernfahrer die Durchführung von Schwerpunktstreiks beschlossen wurde. Ein Schwerpunkt ist dabei der Güterfernverkehr mit LKW von und nach Westberlin... Die Fernfahrer werden durch Flugblatt aufgerufen, in dieser Zeit keine Fahrten über die Transitstrecken nach Westberlin durchzuführen. Beabsichtigt ist in diesem Zusammenhang, die Grenzübergangsstellen Dreilinden, Staaken, Helmstedt und Herleshäuser auf dem Gebiet von Westberlin bzw. der BRD zu blockieren...“

In Verbindung mit dieser Information hat der Hauptvorstand der ÖTV in folgenden Fragen um Unterstützung von seiten der DDR gebeten:...

LKW-Fahrer von Deutrans sollen sich während der Dauer des Streiks in der BRD und Westberlin nicht an der Entladung ihrer LKW beteiligen. Die Entbindung der

Fernfahrer von Ladearbeiten ist eine Forderung der ÖTV, die mit den genannten Aktionen durchgesetzt werden soll...

Ich schlage vor, dem Ersuchen der BRD-Gewerkschaft bei Wahrung der Interessen der DDR im Rahmen des Möglichen zu entsprechen und die Genossen Erich Mielke und Otto Arndt mit der Einleitung der erforderlichen Schritte zu beauftragen.“

Dieser neue Skandal im Bereich einer DGB-Gewerkschaft — nach NEUE HEIMAT und co op — ist nur auf den ersten Blick eine Angelegenheit der ÖTV. Denn die DGB-Gewerkschaften und die SPD

Von Joachim Hörster, Obmann der CDU/CSU- Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuß („Kommerzielle Koordinierung“)

sind stolz, aus einer gemeinsamen Wurzel hervorgegangen zu sein. SPD-Politiker legen Wert auf ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft. Deshalb müssen sich die SPD-Gewerkschafter jetzt fragen lassen: Wie halten sie es mit der ÖTV?

Was unternahm und unternimmt das ÖTV-Mitglied von Bülow, wortschneller SPD-Obmann im KoKo-Untersuchungsausschuß? Wie steht ÖTV-Mitglied Dr. Struck, SPD-Fraktionseinpeitscher und Mitglied im KoKo-Untersuchungsausschuß, jetzt zur ÖTV?

In welcher Weise trägt das ÖTV-Mitglied

Kontakte ÖTV – SED

Halbherzige Entschuldigung

Zum Erklärungsversuch der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies über die Kontakte zwischen ÖTV und SED erklärte das Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig:

Wenn die ÖTV-Vorsitzende, Frau Wulf-Mathies, heute bestätigt, daß ihre Gewerkschaft im Jahr 1983 Strategie und Erfolg ihres damaligen Streiks mit der Regierung der DDR geheim abgesprochen hat, stellt dies einen der schlimmsten politischen Skandale der Nachkriegszeit dar. Ein solches Verhalten von Gewerkschaftlern zeigt, daß die ÖTV im damaligen Streik die Grenzen ihrer legalen Mittel nicht mehr im Blick hatte. Sie schien bereit zu sein, zur Durchsetzung ihrer Interessen ohne Rücksicht auf Legali-

tät, politischen Stil und die eigene Regierung zu handeln.

Nach den jetzt bekannt gewordenen Informationen hat die ÖTV die Regierung der damaligen DDR in geheimen Verhandlungen um Unterstützung der eigenen Streikaktionen gebeten. Der Arbeitgeber der in der ÖTV vertretenen Arbeiter und Angestellten ist aber der Staat. Damit bat die ÖTV die Regierung der DDR um Unterstützung gegen den eigenen Staat und machte sich so zum Erfüllungsgehilfen einer Regierung, die in ihrem eigenen Bereich die Rechte der Arbeiter mit Füßen trat und an der innerdeutschen Grenze schießen ließ.

Die halbherzige Entschuldigung von Frau Wulf-Mathies kann nicht ausreichen. Die ÖTV-Vorsitzende muß sich auch zu ihrer Verantwortung in der damaligen Angelegenheit bekennen. Die ÖTV muß im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit prüfen, ob der damalige Vorstand heute überhaupt noch für die Mitglieder sprechen kann.

Frau Dr. Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit Allzuständigkeit, dazu bei, die ÖTV vom Geruch des skrupellosen Paktierens mit dem SED-Regime zu befreien? Und der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose, dessen silbernes ÖTV-Jubiläum bald bevorsteht, was schlägt er vor zur Bereinigung des ÖTV-Skandals? Wird er jetzt seinen Fraktionskollegen Johannes Singer, Oberstaatsanwalt und ÖTV-Mitglied — wegen eines BND-Wahlkampfgespräches im KoKo-Untersuchungsausschuß bekannt geworden — zum Untersuchungshäftling Mielke nach Berlin schicken und um Aufklärung bitten? ■

Kommentare

Schäbiges Stück

Also auch die westdeutschen Gewerkschaften waren mit dem alten SED-Regime verstrickt! Die mit bürokratischer Pedanterie abgehefteten und aufbewahrten Aktenmassen bringen ständig neue und immer unglaublichere Fakten über den Sumpf deutsch-deutscher Verquickung ans Tageslicht. Trifft die jetzt bekannt gewordene Kumpanei zwischen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und dem verblichenen Unrechtsystem DDR zu — und an der Echtheit des Dokuments gibt es kaum

Enthüllungsautor mit Stasi-Hilfe

Zu Berichten über enge Beziehungen zwischen dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR und dem Schriftsteller Bernt Engelmann erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Jürgen Rüttgers:

Der Schriftsteller Bernt Engelmann hat sich offensichtlich in den Dienst des Stasi nehmen lassen. Deshalb fordere ich den Verband Deutscher Schriftsteller und den deutschen PEN-Club auf, Engelmann auszuschließen. Noch besser wäre es, wenn Engelmann sich freiwillig zurückziehen würde.

Engelmann gibt offen zu, daß er sich von der Stasi Material hat zuspielen lassen. Er hatte keinen Einfluß auf die Auswahl dieser Information. Die Art und Weise, wie dieses Material beschafft wurde, ist ihm offenbar auch heute noch gleichgültig.

Engelmann entpuppt sich damit als Kampagnenschreiber, dessen Themen wesentlich von der Abteilung „Desinformationen“ des Stasi gesteuert wurden. Es disqualifiziert ihn vor allem, daß er auch heute noch keine Skrupel hat, sich seinen zweifelhaften Ruhm als Enthüllungsautor mit Hilfe des SED-Unterdrückungsapparates erworben zu haben.

einen Zweifel —, so ist dieser Vorgang noch verwerflicher als die bislang bekanntgewordenen Kontakte.

Kölnische Rundschau

Verstrickt im Westen

Während die Westdeutschen hitzig die „Verstrickungen“ im verflossenen Honecker-System aufzuklären suchen, häufen sich die Beweise für „Verstrickungen“ im Westen. Für den Gewerkschaftler Siegfried Merten war es also „die natürlichste Sache der Welt“, mit dem Honecker-Regime zu kungeln. Er habe ähnliche Verabredungen ja auch mit den Franzosen und anderen im Westen getroffen. Daß zwischen Vertretern eines demokratischen Staates und den Machthabern einer verbrecherischen Diktatur ein Unterschied ist, kam ihm gar nicht in den Sinn.

Die Welt

Unverfroren

Die Belege scheinen eindeutig: Unter Führung ihrer Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies hat die ÖTV die Unverfrorenheit

besessen, Honecker und seine Bande um Mithilfe beim Streik zu bitten. Dabei ging es auch um eine Blockade des Lkw-Verkehrs nach West-Berlin.

Bei allem Verständnis für den Arbeitskampf: Eine Gewerkschaftsführung, die sich solche Verbündeten sucht, ist untragbar. Wenn die sonst so markige Frau Wulf-Mathies wirklich Courage hat, tritt sie zurück. Es wäre das Beste für sie. Und für die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft.

Bild

Skandal

Sollte zutreffen, was behauptet wird, befindet sich die Gewerkschaft in einer mehr als peinlichen Situation. Die Lebensader der Inselstadt Berlin zu blockieren, war schon ein zu Recht scharf kritisiertes Streik-Mittel. Das aber mit Hilfe des DDR-Unterdrückungsapparats zu tun, der vornehmlich an der Störung des Transitverkehrs interessiert war, ist ein Skandal.

Frankfurter Neue Presse

Übernahme ins Beamtenverhältnis nach eingehender Überprüfung

Zur Übernahme von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (BGS) Ost in das Beamtenverhältnis erklärte Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Die notwendigen Einzelfallprüfungen derjenigen Angehörigen des BGS Ost, die ehemals als Teil der Paßkontrolleinheiten hauptamtlich für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) tätig waren, sind weitgehend abgeschlossen. Bei insgesamt rund 1.000 Betroffenen sind bisher in 650 Fällen die Beschäftigungsverhältnisse beendet worden. In 150 Fällen besteht noch weiterer Aufklärungsbedarf; die Entscheidung ist insoweit ausgesetzt.

Etwa 200 Angehörige des BGS Ost sollen weiterbeschäftigt werden; sie waren entweder nur in Randbereichen des MfS oder nur relativ kurz bei den Paßkontroll-einheiten tätig, davon den überwiegenden Teil in der Ausbildung und anschließend ausnahmslos in untergeordneten Funktionen ohne eigenen Verantwortungsbereich.

Nach diesem Klärungsprozeß sind damit die Voraussetzungen dafür gegeben, alle Angehörigen des BGS Ost, denen keine kündigungsrelevante Tätigkeit für das MfS vorzuwerfen ist und bei denen auch keine Anhaltspunkte für eine solche Tätigkeit vorliegen, zu Beamten auf Probe zu ernennen, soweit ihre Ernennungsvoraussetzungen im Einzelfall gegeben sind. Es handelt sich um rund 4.900 Angestellte aus dem Bereich des Polizeivollzugsdienstes und 80 Angestellte aus dem Bereich der Grenzschutzverwaltung, die nunmehr mit ihrer Verbeamtung rechnen können.

Diese Entscheidung entspricht der beamtenrechtlichen Regelung des Einigungsvertrages und dem Funktionsvorbehalt des Grundgesetzes. Danach ist die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. Mit den jetzt vorgesehenen Verbeamtungen trägt der Bund für den Bereich des BGS zugleich einer auch in den Polizeien der neuen Bundesländer und im Bereich des Zolls eingeleiteten Entwicklung Rechnung.

Innere Sicherheit

Unabhängig von der Verbeamtung wird die bereits eingeleitete Überprüfung aller Angehörigen des BGS Ost durch den Bundesbeauftragten — sofern sie nicht bereits abgeschlossen ist — fortgesetzt. Soweit sich nach der Ernennung zum Beamten auf Probe eine kündigungsrelevante MfS-Tätigkeit herausstellt, besteht auf der Grundlage des Einigungsvertrages die Möglichkeit einer sofortigen Entlassung des Betroffenen aus dem Beamtenverhältnis.

Mit den nun vorgesehenen Verbeamtungen wird ein bedeutender Schritt zur vollständigen Integration der Angehörigen des BGS Ost in den Bundesgrenzschutz vollzogen. Der BGS Ost bietet damit jedem einzelnen seiner Angehörigen, dessen persönliche Integrität gewährleistet ist, eine attraktive und dauerhafte berufliche Perspektive. Dies ist zugleich ein wichtiger Beitrag für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. ■

Weg zur Bahnreform festgelegt

Nach einer gemeinsamen Klausurtagung der Arbeitsgruppen Verkehr der Koalition erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Die Arbeitsgruppen Verkehr von CDU/CSU und FDP haben das Konzept von Bundesminister Krause zur großen Bahnstrukturreform zustimmend zur Kenntnis genommen. Lösungsansatz ist die privatrechtliche Organisation der Bahnen, die künftig nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen sind. Eckpunkte dieses Modells sind:

● Trennung von Fahrweg und Transport

Ziel ist die institutionelle Trennung von Fahrweg und Transport, um eine offensive Vermarktung des Fahrweges und marktnahe Angebotsstrukturen bei den Transportunternehmen zu ermöglichen. Als Zwischenschritt ist die Einführung der rechnerischen und organisatorischen Trennung vorgesehen.

● Fahrwegnutzung

Die Zulassung Dritter auf der Schiene ist Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb. Dies gilt für die Eisenbahnen der EG und der nichtbundeseigenen Eisenbahnen. In einem weiteren Schritt sind auch private Dritte zuzulassen.

● Gemeinwirtschaftliche Leistungen

Die öffentlichen Hände werden aus ihrer Verantwortung für den Schienenverkehr nicht entlassen. Sie werden künftig ent-

scheiden, ob eine Leistung zu einem bestimmten Preis bei den Bahnen eingekauft werden soll.

● Regionalisierung

Die in der Region erforderlichen Verkehrsleistungen können vor Ort zusammen mit den dort ansässigen Unternehmern besser und preisgünstiger organisiert werden als von den Zentralen der Bahnen oder von einem Bundesministerium aus. Eine entscheidende Frage wird der Finanzausgleich sein. Die Länder, Kreise und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, die bisher von den Bahnen durchgeführten und vom Bund durch Ausgleichsleistungen finanzierten Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs einzukaufen.

● Personal

Die heutige schlechte Situation der Bahnen beruht nicht auf einem Versagen ihrer Mitarbeiter, sondern auf ihrer Struktur als Behördenbahnen. Die Lösung des Personals aus dem öffentlichen Dienstrecht ist die notwendige Voraussetzung für ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen. Die sich ergebenden Probleme werden so gelöst, daß keine Nachteile für die Mitarbeiter der Bahnen entstehen.

Die Arbeitsgruppen Verkehr der Koalitionsfraktionen unterstützen den Bundesverkehrsminister in seinem Vorhaben, noch im Februar 1992 einen Handlungsauftrag für die Umsetzung dieses Konzeptes im Bundeskabinett zu erwirken. Die Verkehrspolitiker erwarten, daß bis zur Sommerpause 1992 Einzelfragen wie

Asylbewerberzahlen im Januar 1992

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf hat im Monat Januar 1992 31.021 Asylbewerber (Vormonat: 23.659) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien:	12.573 (Vormonat: 9.706)
Rumänien:	3.077 (Vormonat: 2.872)
Türkei:	2.565 (Vormonat: 2.205)
Nigeria:	1.454 (Vormonat: 914)
Vietnam:	1.154 (Vormonat: 923)
Bulgarien:	1.151 (Vormonat: 844)
GUS:	630 (Vormonat: 338)
Albanien:	533 (Vormonat: 238)
Pakistan:	517 (Vormonat: 411)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat wieder stark gestiegen. Es ist die bisher zweithöchste Monatszahl an Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Januar 18.460 Asylbewerber. Das sind 59,5 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 67,9 Prozent (21.070 Personen).

Im Januar hat das Bundesamt über die Anträge von 15.583 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 857 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 5,5 Prozent. Abgelehnt wurden 11.115 Personen (71,3 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 3.611 Personen (23,2 Prozent).

Die Bürger erwarten, daß gehandelt wird

Aus Anlaß der aktuellen Entwicklung der Asylzahlen erklärt Bundesinnenminister Rudolf Seiters: Ich appelliere an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, jetzt alle Anstrengungen zu unternehmen, damit ein interfraktioneller Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Asylverfahren eingebracht und verabschiedet werden kann. Die Bürger erwarten, daß gehandelt wird. Die Entwicklung zeigt darüber hinaus, daß mit den bisherigen Maßnahmen der Zustrom an Asylbewerbern nicht mehr zu bewältigen ist. Deshalb ist es notwendig, unsere Verfassungslage so zu gestalten, daß die Bundesrepublik Deutschland auch im Verhältnis zu den europäischen Partnerstaaten handlungsfähig wird.

z. B. die Organisationsform des Fahrwegs noch vertieft geprüft und konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen vorgelegt werden. Dabei gehen sie davon aus, daß eine Änderung des Grundgesetzes unabdingbar ist.

Die Koalitionsfraktionen streben eine offene und vorurteilsfreie Diskussion mit der Opposition im Deutschen Bundestag und allen gesellschaftlichen Gruppierungen an. Die große Bahnstrukturreform ist

das entscheidende Vorhaben der 12. Wahlperiode und erfordert den breiten gesellschaftlichen Konsens.

Wer diese notwendige Bahnstrukturreform konterkariert oder erheblich verwässert, übernimmt Verantwortung dafür, daß sich bis zum Jahr 2000 das düstere Szenario der Regierungskommission Bahn mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung um deutlich mehr als 200 Milliarden Mark verwirklicht.

Kein Freibrief für die Ausweitung der Nachtarbeit von Mann und Frau

Eine schärfere Begrenzung der Nachtarbeit für Mann und Frau durch engere Kriterien fordert Wolfgang Vogt, stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Der SPD wirft er in dieser Frage „Doppelzüngigkeit“ vor.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist kein Freibrief für eine Ausweitung der Nachtarbeit. Das Gleichheitsprinzip darf nicht gegen den Verfassungswert der körperlichen Unversehrtheit gestellt werden. In der Begründung ist eindeutig formuliert, daß Nachtarbeit generell schädlich ist. Folglich muß der Gesetzgeber Kriterien entwickeln, die die Nachtarbeit auf ein Mindestmaß begrenzen. Daher unterstütze ich die Bemühungen von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Zusätzlich fordere ich:

- Nachtarbeit bei Arbeiterinnen vom 45. Lebensjahr an grundsätzlich zu verbieten
- Nachtarbeiter generell von Überstunden zu befreien
- Bei Erziehung eines Kindes bis zum 15. Lebensjahr keine Nachtarbeit für Frauen
- Einen Rechtsanspruch bei gesundheitlichen Schwierigkeiten zur Umsetzung von Nacht- auf Tagarbeit
- Einen im Vergleich zu am Tage arbeitenden Arbeitnehmern erhöhten Jahresurlaub.

Der/die Nachtarbeiter/in schläft dann, wenn das vegetative Nervensystem am aktivsten ist. Tief- und Traumschlaf sind stark reduziert. Wie bei Schlafentzugsexperimenten nachgewiesen wurde, führt

dies zu erheblichen körperlichen und seelischen Störungen. Auch deshalb ist die 1938 formulierte Arbeitszeitordnung endlich zu aktualisieren. Dies muß in dieser Legislaturperiode geschehen.

Die SPD setzt auf Bürokratie, indem sie Nachtarbeit per Antrag zulassen will. Sie verhält sich doppelzüngig in dieser Frage. Gestern noch forderte ihr Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Hans-Ulrich Klose, daß sich Arbeitnehmer/innen den längeren Maschinenlaufzeiten anpassen, was für sie vermehrte Sonntags- und Nachtarbeit bedeutet, heute stellt sie sich an die Spitze derer, die die Nachtarbeit beseitigen wollen.

Arbeit der Frauenpolitik trägt Früchte

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Männle, erklärte zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, daß das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung des Art. 3 Grundgesetz verstößt, wird von der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr begrüßt. Bereits in den Koalitionsvereinbarungen für diese Wahlperiode des Deutschen Bundestages

Kommentare

In der Nacht

Das Bundesverfassungsgericht mußte das langbewährte Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aufheben, denn es verstieß gegen die rechtliche Gleichstellung nicht nur von Mann und Frau, sondern auch unter den Frauen — Angestellte (Ärztinnen, Krankenschwestern) durften nachts arbeiten. Das Urteil zeitigt aber erstmals Einsichten, die von den Kritikern des Alle-über-einen-Kamm-Scherens schon seit langem angemahnt wurden. Gleichberechtigung habe nichts mit Gleichmacherei zu tun, entdecken jetzt auch Gewerkschaftsführerinnen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Ein weises Urteil

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen entbehrt jedes sensationellen Charakters, liegt vielmehr im Trend sowohl der europäischen Rechtsprechung als auch der politischen

Absichten der Bundesregierung. Wenn es dennoch als ein weises und zugleich wegweisendes Ereignis in der Chronik der Rechtsfindung des demokratischen Nachkriegsdeutschland eingehen wird, so liegt die Ursache darin, daß erneut der Politik ein Handlungsauftrag erteilt wurde. Dieser läßt, wie beim jüngsten Urteil über den Familienlastenausgleich, zwar an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, respektiert aber die gesetzgeberische Souveränität.

Rheinische Post

Mehr Gleichheit

Seltsam mutet es in unserer Zeit der Gleichberechtigung an, wenn männliche Arbeiter nachts antreten dürfen, weibliche nicht. Eine solche Schutzbestimmung hat stark patriarchalische Züge. Sie schützt Frauen nicht nur, sie behindert auch ihren Einsatz bei gut bezahlten Schichten. Es ist also durchaus im Sinne der Emanzipation, daß diese Bestimmung vor dem Verfassungsgericht heute keinen Bestand mehr hat.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

ist als Maßnahme die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen vorgesehen.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird in Kürze einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Arbeitszeitgestaltung vorlegen. Insbesondere wird darauf zu achten sein, daß Regelungen getroffen werden, um gesundheitliche Schädigungen für Frauen und Männer möglichst auszuschließen.

Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen wurde u.a. damit begründet, daß Frauen zusätzlichen Belastungen durch Kinderbetreuung und Haushaltsführung ausgesetzt seien. Die hierzu gemachten

Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts, daß dies aber als Folge einer übernommenen Rollenverteilung anzusehen sei und nicht noch durch staatliche Maßnahmen verfestigt werden dürfe, geben zur Hoffnung Anlaß, daß die Arbeit der Frauenpolitik langsam Früchte trägt.

Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Gesellschaft läßt sich sicherlich nicht verordnen. Aber der Gesetzgeber kann durch entsprechende Regelungen zu Bewußtseinsveränderungen beitragen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein weiterer wichtiger Schritt zur tatsächlichen Verwirklichung der Gleichberechtigung. ■

Mutterschutzgesetz

Älteste Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zum 40. Jahrestag des Mutterschutzgesetzes erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süssmuth:

Vor genau 40 Jahren trat am 30. Januar 1952 das Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter, das Mutterschutzgesetz in Kraft. Es beinhaltet das Beschäftigungsverbot für werdende Mütter, das Verbot von Mehrarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit für werdende und stillende Mütter, das Beschäftigungsverbot nach der Entbindung, den Kündigungsschutz während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung. Es garantiert der erwerbstätigen Mutter eine finanzielle Absicherung für diese Zeit. Diese Schutzbestimmungen dürfen wohl zu Recht als älteste Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezeichnet werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde eine Neuregelung des Mutterschutzgesetzes dringend notwendig, da die Krankenkassen mangels Erstattung durch das Reich nicht mehr das erhöhte Wochen- und Stillgeld nach dem Mutterschutzgesetz von 1942 gewährten. Hinzu

kam, daß die wenigen Mutterschutzregelungen während der letzten Jahre des Krieges immer mehr eingeschränkt wurden, da dringend Arbeitskräfte benötigt wurden. So standen oft schwangere Frauen an schweren gesundheitsgefährdenden Maschinen und leisteten körperliche Schwerstarbeit in der Rüstungs- und Chemieindustrie.

Dies war auch der Grund, weshalb sich gerade die Mütter — und auch die Väter — des Grundgesetzes für einen verankerten verfassungsrechtlichen Schutz der Mütter einsetzten. Nach Artikel 6 Absatz 4 des Grundgesetzes hat „jede Mutter einen Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“. Die Mutterschutzbestimmungen, die seit 1952 immer wieder ergänzt, erweitert und verbessert wurden, gelten jedoch nur für Arbeitnehmerinnen, sowie für Heimarbeiterinnen. Selbständig erwerbstätige, geringfügig beschäftigte Frauen, mithelfende Familienangehörige und nicht berufstätige Frauen sind im gesetzlichen Mutterschutz nicht einbezogen. Damit hat der Gesetzgeber den Verfassungsauftrag des Artikels 6 Abs. 4 GG bis heute nur für einen Teil der Mütter — der abhängig erwerbstätigen Mütter — verwirklicht.

Die anstehende Verfassungsdiskussion sollte daher auch dazu genutzt werden, eine verfassungsrechtliche Bestandsaufnahme zu machen. Denn wir haben immer noch festgeschriebene Grundrechte, die bis heute in der Praxis nicht verwirklicht wurden.

Mehr Bundesmittel für Verkehrserziehung

Der Bund stellt nach Angaben von Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Jahr mit 40 Millionen Mark rund fünf Millionen Mark mehr für die Verkehrserziehung und -aufklärung zur Verfügung als 1991. In einem Interview in der neuen Ausgabe des „Verkehrswacht-Magazins“ setzte sich der Kanzler für eine stärkere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in Europa ein.

Ottfried Hennig:

Die besseren Frauen und Männer — Es tut sich was für Schleswig-Holstein

Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU, Ottfried Hennig, hat am 31. Januar das Führungsteam vorgestellt, mit dem er gemeinsam die letzten 65 Tage des Landtagswahlkampfes bestreiten will.

Ottfried Hennig: Dieses Team ist kein Schattenkabinett. Erst nach der Wahl wird es darum gehen, die einzelnen Ressorts vernünftig voneinander abzugrenzen und optimal zu besetzen. Wir setzen auf Erfolg, und wir wollen gewinnen. Und wenn die Wählerinnen und Wähler entschieden haben, werden wir eine gute Regierung bilden. Das Führungsteam, das ich heute vorstelle, steht für Führungspositionen in Regierung, Parlament und Partei zur Verfügung.

Ich freue mich und ich bin dankbar dafür, daß aus dem Lande Schleswig-Holstein heraus und aus der CDU-Bundestagsfraktion sich so viele Persönlichkeiten dazu bereitgefunden haben, mit mir gemeinsam diese entscheidende Phase des Wahlkampfes zu bestreiten.

Aus der Bundestagsfraktion haben sich Erika Steinbach-Hermann und Renate Hellwig bereit erklärt, nach Schleswig-Holstein zu kommen.

● **Renate Hellwig** gehört seit 1985 dem Bundesvorstand der CDU an. Sie war fünf Jahre lang Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Rheinland-Pfalz und im Landtag von Baden-Württemberg hochschulpolitische Sprecherin. Sie ist Vorsitzende des neu eingerichteten Bundestags-

ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft.

● **Erika Steinbach-Hermann** vertritt im Bundestag einen Frankfurter Wahlkreis. Sie ist in der Großstadt Frankfurt direkt gewählt worden. Sie hat in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 1977 bis 1990 kommunalpolitische Verantwortung getragen und war unter anderem personalpolitische Sprecherin der Fraktion. Im Bundestag gehört sie dem Innenausschuß und als stellvertretendes Mitglied dem Verfassungsausschuß an.

Beide Damen sind führend beteiligt an der Erarbeitung unseres neuen Grundsatzzprogramms.

Die Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein brauche ich nicht mit allen Einzelheiten vorzustellen, da sie in unserem Land bereits einen guten Namen haben. Ich freue mich, daß bei uns an Bord sind:

● **Gudrun Hunecke**, die Vorsitzende der Frauen-Union und meine Stellvertreterin im Landesvorstand,

● **Karin Brümmer**, Vorsitzende des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen und selbständige Rechtsanwältin in Itzehoe,

● **Klaus Kribben**, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Oppositionsführer,

● **Klaus Dürkop**, der Präsident der mit 160.000 Mitgliedern größten Umweltschutzorganisation in Deutschland, des Naturschutzbundes Deutschland,

● **Hans Heinrich Driftmann**, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens Peter Kölln in Elmshorn, einer der führenden Unternehmerpersönlichkeiten in unserem Land,

● **Eberhard Dall'Asta**, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU, Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Erster Vizepräsident des Landtages,

● **Reimer Böge**, unser zukünftiger Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei sowie Europafragen, Mitglied des Europäischen Parlaments,

● **Wolfgang Börnsen**, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Wahlkampfkommision.

● **Thomas Stritzl**, stellvertretender Landesvorsitzender und Landesvorsitzender der Jungen Union und

● **Thorsten Geißler**, unser jüngster Landtagsabgeordneter, sind Spitzenkandidaten der Jungen Union und haben sich für weitergehende Aufgaben empfohlen.

Für Schleswig-Holsteins Zukunft ist eines besonders wichtig: Wir brauchen eine Wirtschafts-, Verkehrs- und Strukturpolitik, die bestehende Arbeitsplätze sichert und neue schafft, damit auch unsere Kinder in Schleswig-Holstein unter guten Bedingungen leben können.

Dank der guten Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung hat sich Schleswig-Holstein an die Entwicklungen der anderen Bundesländer anknüpfen können. Aber in vielen Bereichen sind wir heute noch schlußlicht.

Dies gilt im besonderen Maße für die Regionen im Norden und an der Westküste. Trotz vollmundiger Programme, die im wesentlichen aus Bundesmitteln finanziert wurden, hat es die SPD-Landesre-

gierung in keiner Weise geschafft, für gleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen. Während im Süden unseres Landes, von Ausnahmen abgesehen, die Wirtschaft boomt, gibt es im Norden und im Westen noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit.

Sichere Arbeitsplätze in allen Landesteilen können auf Dauer nur garantiert werden, wenn neben der Strukturpolitik auch die Wirtschaftsförderungspolitik stimmt. Mit wirklichkeitsfremden Richtlinien, die gerade noch zwei Beamte im Wirtschaftsministerium verstehen, kann Wirtschaftspolitik nicht erfolgreich sein.

Die eigenen Leistungen der SPD-geführten Landesregierung sind auf diesem Gebiet mangelhaft. Nur Dank der guten bundesweiten Konjunktur und der Hilfe des Bundes war die Landesregierung in der Lage, ihre Verpackungskünstler ans Werk zu lassen und den Bundesmitteln eine landespolitische Verpackung überzustülpen.

Unser Land braucht keine Verpackungskünstler, sondern Frauen und Männer, die den Inhalt gestalten. Dafür steht der wirtschaftspolitische Sachverstand der CDU Schleswig-Holstein. Nur wenn die Strukturpolitik die Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze schafft, kann es auch in Zukunft Gestaltungsspielräume für die Sozialpolitik geben.

Es bleibt dabei: Die CDU Schleswig-Holstein setzt auf die Soziale Marktwirtschaft, von der jedes Mitglied meiner Führungsmannschaft mehr versteht als die Sozialdemokraten. Sie setzt auf Kompetenz und Erfahrung, aber ebenso nachdrücklich auf Verjüngung und Erneuerung. Jeder Schleswig-Holsteiner kann es sehen: In diesem Team ist jeder für sich und sind alle gemeinsam besser als die abgewirtschafteten SPD-Minister. Diese Mannschaft wird sich durchsetzen. ■

Landesparteitag in Oberursel

Manfred Kanther baut seine Mehrheit auf 95 Prozent aus

Auf rund 95 Prozent Zustimmung konnte der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Manfred Kanther, seine Mehrheit auf dem Landesparteitag am 1. Februar in Oberursel ausbauen. Kanther, der im Juni vergangenen Jahres mit 86 Prozent der Stimmen zum Nachfolger des früheren Ministerpräsidenten Walter Wallmann gewählt worden war, erhielt diesmal 387 Ja-Stimmen, 20 Delegierte versagten ihre Zustimmung und zwei enthielten sich der Stimme.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wählte die Hessen-Union Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch, Landtagsvizepräsident Hartmut Nassauer, den Landtagsabgeordneten Volker Bouffier, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und auf Vorschlag der Sozialausschüsse Gerald Weiß MdL.

Die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Otti Geschka MdL wurde zur Beisitzerin gewählt. Schatzmeister der CDU bleibt Casimir Prinz Wittgenstein. Zu weiteren Mitgliedern des Parteipräsidiums wählten die Delegierten Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, den früheren Umweltminister Karlheinz Weimar MdL, die frühere Landwirtschaftsministerin Irmgard Reichhardt MdL, den CDA-Landesvorsitzenden Georg Badeck MdL und den stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Roland Koch.

In einer kämpferischen Rede, die aber

auch nachdenkliche Passagen enthielt, betonte Kanther, daß die Hessen-Union nach der Wahlniederlage bei der Landtagswahl schnell wieder Tritt gefaßt habe. „Nirgendwo herrscht Verzagtheit, wir packen's neu an!“ meinte Kanther. Mit Blick auf die mit dem Wahlparteitag vorgenommene umfassende Erneuerung und Verjüngung der Führungsspitze seiner Partei mahnte der CDU-Vorsitzende

Manfred Kanther: Wir wollen gewinnen, wir wollen die SPD schlagen, wir wollen Spielmacher sein, nicht Ersatzbank.

die Partei, ständig die Kontrollzeichen zu beachten, die in der Partei Defizite anzeigten: „Für mich sind die größten, weil alles umfassenden und schließlich erstickend wirkenden Mängel Immobilität, Erschlaffung, Ausruhen auf wirklichen oder vermeintlichen Lorbeeren.“

Ein Jahr vor der Kommunalwahl betonte Kanther den Führungsanspruch der CDU Hessen auch auf der kommunalen Ebene. „Wir wollen gewinnen, wir wollen die SPD schlagen, wir wollen Spielmacher sein, nicht Ersatzbank.“

Der Landesregierung warf der CDU-Chef vor, in der Schulpolitik erneut zu zündeln, in der Asylpolitik die Probleme nicht zu lösen und sich in der Verkehrspolitik — vor allem in Nord- und Mittel-

hessen — zu verweigern. Vor allem in den hessischen Großstädten und Ballungsbereichen fehle das entschiedene Zupacken von Polizei und Justiz gegen die ständig zunehmende Kriminalität.

„Wir wollen viele Rekorde für Frankfurt, aber von der Spitzenstellung in der Kriminalität wollen wir schnellstens herunterhelfen“, meinte Kanther. Die Blockadepolitik der rot-grünen Landesregierung brachte Kanther auf den Punkt: „Erst kommt das Bauverbot für die Autobahn A 49, dann das Fahrverbot auf der B 3, dann das Produktionsverbot für die Hanauer Betriebe und das Denkverbot für den Flughafen.“

Gesellschaftlichen Erneuerungsbedarf sieht der hessische Landesvorsitzende nicht nur in der Verkehrs- und Umweltpolitik, sondern auch im Sozialbereich. „Wenn in weiten Bereichen der sozialen Betreuung, in Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen zunehmend Personal fehlt, dann ist sehr zweifelhaft, ob sich dieses Problem über bundeseinheitliche Ausbildungsordnungen, Fachhochschulstudien oder sogar über verbesserte Einkommen aufarbeiten läßt.“

Da die Schwierigkeiten und Strapazen dieser Berufe Arbeitssuchende zunehmend in weniger anstrengende Tätigkeiten lenkten, sollten wir Antworten auch

außerhalb der professionellen Berufsbilder suchen. Durchaus in diesem Zusammenhang fragte Kanther, ob angesichts einer kleiner werdenden Bundeswehr und breiterer Jahrgänge Wehr- und Sozialdienst in ihrem Verhältnis zueinander nicht neu definiert werden müßten: „Es ist doch nicht in Ordnung, daß jeder dritte junge Mann vom Gemeinschaftsdienst unbetroffen davonkommt!“

Der SPD hielt Kanther vor, vom Zusammenbruch des Sozialismus in aller Welt elementarer betroffen zu sein, als viele in ihr offenbar selbst annähmen. „Das Führungsgerangel ist dafür sehr viel weniger symptomatisch als ihre Unfähigkeit, zu irgendeiner mittelschweren Sachfrage eine gemeinsame und möglichst auch noch inhaltlich fundierte Antwort zu geben“, stellte Kanther fest und erinnerte an den „Dissens-Katalog“ der SPD von Kroatien-Anerkennung über Sicherheitsgarantie für Osteuropa, Asyl-Politik bis hin zum Steuerpaket.

„Es gibt in jeder wichtigen Frage die SPD mehrmals, beim Kanzlerkandidaten sogar gleich dreimal; damit ist kein Staat zu machen“, rief der CDU-Landesvorsitzende unter Beifall aus und meinte: „Warum sollte das deutsche Volk jemand zum Kanzler wählen, der so wenig Autorität in den eigenen Reihen und selbst gar keine Lust zur Kandidatur hat?“

Seminare zur Schüler- und Jugendpressearbeit

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet im Frühjahr drei Seminare für Schüler- und Jugendzeitungsredakteure in den neuen Bundesländern. Folgende Termine stehen zur Verfügung:

- 24. bis 26. April: Magdeburg/Sachsen-Anhalt
- 15. bis 17. Mai: Schloß Ohrdruf/Thüringen
- 22. bis 24. Mai: Waren-Müritz/Mecklenburg-Vorpommern

Informationen und Anmeldung bei: Frischluft e.V., Annabergerstraße 283, W-5300 Bonn 2, Telefon: (02 28) 31 00 23, Fax: (02 28) 31 47 03.

1992 wird Jahr der Programmarbeit

Für die Niedersachsen-CDU soll 1992 das „Jahr der Programmarbeit“ werden. Das beschloß der Landesvorstand auf seiner letzten Sitzung in Hannover.

Wie der Landesvorsitzende Josef Stock mitteilte, soll die für dieses Jahr geplante umfangreiche sachpolitische Arbeit bis zum ersten Halbjahr 1993 auf den wichtigsten Themenfeldern abgeschlossen sein.

Auf dieser Grundlage wird die CDU dann ein Wahlkampfprogramm für die Landtagswahl 1994 entwickeln und gleichzeitig ihren Spitzenkandidaten nominieren.

Am 28. März soll sich eine Landesauschußsitzung mit der Diskussion um eine Ergänzung der niedersächsischen Verfassung beschäftigen. Der Niedersächsische Landtag wird voraussichtlich noch in diesem Jahr darüber entscheiden müssen.

Auf der Sitzung wird es auch um Grundfragen des Parlamentarismus und der demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gehen. Die inhaltliche

Vorbereitung dieser Ausschußsitzung hat die stellvertretende Landesvorsitzende, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, übernommen.

Ein Kongreß „Innere Sicherheit und Grenzöffnung in Europa“ am 13. Mai wird vom stellvertretenden Landesvorsitzenden, Bundesinnenminister Rudolf Seiters, verantwortet. Er wird sich mit der Bekämpfung der „organisierten Kriminalität“ sowie weiterer Aspekte der inneren Sicherheit befassen.

Thema des Landesparteitages am 12./13. Juni in Wolfsburg wird „Wirtschaftsstandort Niedersachsen“ sein. In diesem Zusammenhang äußerte der CDU-Landesvorstand Kritik an der inhaltlichen Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung, die sich darauf beschränke, notwendige Entscheidungen vor sich herzuschieben.

Mit vier schulpolitischen Regionalkonferenzen und einem Kongreß „Schule 2000“ wird die CDU die schulpolitische Diskussion im Lande beeinflussen.

Dresdner Manifest

- Beschluß „Die Zukunft gemeinsam gestalten“ vom 2. Parteitag der CDU in Dresden

Bestell-Nr.: 5467

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 17,50 DM

Handbuch

- Ökologische Offensive

Bestell-Nr. 4266

Verpackungseinheit: 10 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:

18,90 DM

Urkunde

für besondere Verdienste

Verpackungseinheit: 1 Exemplar

Preis: 10,— DM

Bestell-Nr. 0449

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum,
Postfach 1328
4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu: Umwelt-Kugelschreiber

Umweltschutz wird bei uns großgeschrieben. Schon seit einiger Zeit werden unsere Broschüren und Faltblätter auf chlorfrei gebleichtem Papier oder Altpapier gedruckt. Jetzt gibt es ein weiteres Produkt unserer konsequenten Umweltpolitik. Der umweltfreundliche Kugelschreiber besteht zu 75 Prozent aus Altpapier und zu 25 Prozent aus cadmium- und bleifreiem Kunststoff recycelter Produktionsabfälle.

Natürlich hat Umweltschutz seinen Preis, aber dieser zahlt sich durch eine saubere Umwelt wieder aus.

Bestell-Nr.: 9430

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Einheit: 35,— DM



Bestellungen bei:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UiD

4/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** MVA Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf.